

Aus: 5min.at vom 22.03.2023

Verhalten der Schüler ändert sich dramatisch

Hilferuf an Kärntens Schulen: Lehrpersonal stößt an seine Grenzen

Klagenfurt - Immer häufiger kommt es zu erschreckenden Vorfällen an Kärntner Schulen. Zu einer Suspendierung kommt es allerdings nur im Falle von Gefahr im Verzug. Gerade in der Thematik der Zunahme von Verhaltensproblematiken an Schulen fühlen sich die Kärntner Lehrerschaft und die Schulleitungen im Stich gelassen. Aus diesem Grund lud der Zentralausschuss für allgemeinbildende Pflichtschulen in Kärnten am heutigen Dienstag zu einer Konferenz.



von Sabrina Tischler 4 Minuten Lesezeit (538 Wörter)



(v.l.n.r): Claudia Wolf-Schöffmann, Ines Domenig, Stefan Sandrieser, Sabine Hochkircher, Evelin Nuart und Herbert Brandstätter

“Vor, während und nach der Schule tritt bei den Schülern ein Verhalten auf, das das Zusammenleben zwischen Schülern, aber auch zwischen Schülern und Lehrern immens erschwert”, so **Stefan Sandrieser**. Durch Corona sei die Situation verstärkt worden. Gründe für jenes Verhalten seien unter anderem das veränderte Familienbild und der Umgang miteinander sowie die Sozialen Medien.

Antrag auf Suspendierung nicht stattgegeben

Wie relevant eine Suspendierung sein könnte, zeigt ein Beispiel aus einer Kärntner Schule. Bereits nach der ersten Attacke auf einen Mitschüler hätte der Schüler suspendiert werden sollen, wurde er aber nicht. Es wurde noch schlimmer: Der Schüler schlug sich selbst mit den Fäusten ins Gesicht und rastete völlig aus, sodass er einen Mitschüler sogar würgte. Das Kind wurde in krankenhäusliche Betreuung gegeben. Der Antrag auf Suspendierung wurde allerdings nicht stattgegeben.

“Es geht nicht darum, Kinder loszuwerden”

Bei einem anderen Vorfall sei ein Lehrer einer Mittelschule des sexuellen Missbrauchs beschuldigt worden. In Windeseile haben sich die Gerüchte rund um den Vorwurf in der Schule verbreitet. Allerdings stellte sich heraus, dass Schülerinnen das frei erfunden hatten, um Aufmerksamkeit zu bekommen. Auch die zahlreichen Bombendrohungen weisen eine „besorgniserregende Entwicklung“ auf. Lehrer sind mit diesem Verhalten überfordert. “Es geht uns nie darum, die Kinder loszuwerden”, so Sandrieser. Eine Suspendierung und eine Begleitung von Schülern während des Suspendierungszeitraums solle eher als Lösung dienen.



Großer Leidensdruck

“In den 14 Jahren, in denen ich schon arbeite, wurden lediglich zwei Suspendierungen ausgesprochen. Einmal weil ein Schüler mit Drogen gedealt hat, ein anderes Mal, weil ein Schüler einen Mitschüler mit dem Umbringen bedroht hatte. Das Kind wurde vier Wochen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie untergebracht. Meistens steckt hinter solchen Vorfällen ein großer Leidensdruck, auf den das System und Schule reagieren muss”, so **Herbert Brandstätter** von den Timeout-Klassen.

Bildungsdirektion entscheidet über Suspendierung

“Die Kinder und ihr Wohlergehen stehen an erster Stelle. Niemand stellt einfach so leichtfertig einen Antrag auf Suspendierung. Dies kommt wirklich nur im Worst Case zu tragen. Zuvor gibt es immer Gespräche mit den Eltern, diese sind meist selbst überfordert”, führt **Sabine Hochkircher** aus. In Zusammenarbeit mit dem Team des pädagogischen Dienstes wird den Eltern Hilfe angeboten und ein Beratungslehrer zur Verfügung gestellt. Das Jugendamt sei in solchen Situationen auch immer ein wichtiger Ansprechpartner. Entscheidet man sich für eine Suspendierung, erfolgt zuerst der Antrag mit Androhung auf Suspendierung, entschieden wird in der Bildungsdirektion. “Wir versuchen über Jahre Kinder zu integrieren, aber auch die anderen Kinder schützen”, so Hochkircher.

“Nur Kinder, die Probleme haben, machen auch Probleme”

“Zusammenfassen kann man festhalten, dass eine Suspendierung für eine Schule immer ein Hilferuf ist. Nur Kinder, die Probleme haben, machen auch Probleme”, unterstreicht **Claudia Wölf-Schöffmann**. Daher sei es notwendig, zeitgerecht Unterstützung anzubieten. “Es gilt daher den innerschulischen Bereich, Beratungs- und Integrationslehrer, Schulpsychologe sowie Sozialarbeiter besser zu vernetzen.” Unter anderem könne man auch kleinere Schüler-Gruppen unterrichten, mehr Personal zur Verfügung stellen oder auch die einzelnen Klassen doppelt besetzen. Mit all den Maßnahmen hätte man wahrscheinlich auch den Trend zu den Bombendrohungen verhindern können, heißt es.